

Rechte Christen

– *geschmäht, verhöhnt und missverstanden?*



Einleitung

Kaum jemand will rechts sein. Egal, wo wir uns bewegen. In der Schule, Kan der Uni, am Arbeitsplatz. Links zu sein, das ist okay. Denn Linke definieren sich über universelle Werte wie Gerechtigkeit, Empathie und Solidarität. Wer links ist, signalisiert: »Ich kümmere mich um die Schwächeren und die Umwelt.« Das gibt einem das Gefühl, auf der »richtigen Seite der Geschichte« zu stehen.

Rechts dagegen ist gar nicht cool. Rechts wird oft sofort mit Nationalismus, Ausgrenzung und im Extremfall mit dem Nationalsozialismus verknüpft. Rechte Menschen setzen auf Tradition, nationale Identität und den Erhalt bestehender Strukturen. Wer rechts sein will, wird geächtet.¹

Diese Polarisierung hat auch die Christenheit erreicht. Klar, auch früher schon waren Christen rechts. Im Kaiserreich und in der Weimarer Zeit entstand ein Milieu, das »christliche Kultur« mit nationaler Identität verknüpfte. Später, seit den 1970er Jahren, entstand im freikirchlich- evangelikalischen Umfeld eine starke Mobilisierung gegen Liberalisierung der Sexualethik oder Abtreibung.

Das heute politisch etablierte Rechts-links-Schema hat einen sehr banalen Hintergrund: Es geht auf die Sitzordnung der französischen Nationalversammlung nach der Französischen Revolution zurück: Rechts saßen die konservativen Anhänger des Ancien Régime und des Ständestaats, links die Anhänger der neuen Ordnung, die durch die drei Ziele der Revolution »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« zusammengehalten wurde.²

In den vergangenen Jahren ist die Rechts-links-Polarisierung verstärkt und sichtbarer geworden durch politische Ereignisse wie etwa die Migrationskrise, die Corona-Krise, die Klimapolitik und die Genderpolitik. Der Rechts-links-Kampf wird heute wesentlich vehementer und aggressiver ausgetragen. Und auch wir Christen, die wir uns zu diesen Themen positioniert haben, finden uns plötzlich in einer feindseligen Auseinandersetzung um die »korrekte« politische oder geistliche Haltung wieder.

In diesem Beitrag möchte ich das Verhältnis zwischen gläubigen Christen und der Politik beleuchten und die Anliegen und Überzeugungen der rechten (oder besser rechts-konservativen) Christen fair charakterisieren. Schließlich geht es um die Frage, welche Antworten die Heilige Schrift zu diesem Thema bereithält, um am Ende zu einem Fazit zu gelangen.

Christen und ihr Verhältnis zu Gesellschaft und Kultur

Glaube und Politik stehen seit jeher in einer kritischen Beziehung zueinander. Das gilt auch für den christlichen Glauben. Angefangen von der

¹ Siehe dazu ausführlich: Peter Hoeres: *Rechts und links. Zur Karriere einer folgenreichen Unterscheidung in Geschichte und Gegenwart*, Springer 2026. Eine Kurzfassung bietet das Interview mit dem Verfasser: »Man kann nicht Christ sein und den Kampf gegen rechts führen«, *IDEA* 45/2025, S. 18–21. Siehe auch den aktuellen Beitrag von Jochen Klein: »Kritisches zu rechts und links«, *Zeit & Schrift* 1/2026, S. 28–34.

² Robert Nef: »Das Links-rechts-Schema führt in die Irre«, *Neue Zürcher Zeitung*, 12. Mai 2026, S. 16.

jungen Kirche im Römischen Reich über Kaiserreiche und Fürstentümer im Mittelalter bis zu den modernen Staaten unserer Epoche wurde die christliche Kirche entweder verfolgt oder umworben; Christen waren Befürworter oder auch Gegner des Staates.³

Um das Phänomen der rechts-konservativen Christen besser einordnen zu können, skizziere ich nachfolgend vier typische Haltungen, die gläubige Christen gegenüber der Welt – oder auch der Gesellschaft, Kultur, Politik – eingenommen haben.⁴ Diese Einteilung reicht von kulturab- lehrend bis kulturzustimmend.

1. Abgrenzend-distanzierte Haltung

Der Grundsatz dieser Haltung ist Joh 17,16: »Wir sind nicht von dieser Welt«. Man hält sich bewusst von der Politik und den Staatsämtern fern, da das politische Geschäft zu einer Welt gehört, die dem Gericht Gottes unterliegt. Christsein bedeutet deshalb klare Abgrenzung und wenig Engagement in gesellschaftlichen Reformprozessen. Biblische Basis dieser Haltung ist Phil 3,20: »Euer Bürgertum ist in den Himmeln«. Daher besteht auch eine gewisse Skepsis gegenüber Medien, Politik oder auch Popkultur. Diese Haltung findet man häufiger in konservativen oder bibeltreuen Gemeinden (Brüdergemeinden, russlanddeutsche Gemeinden).

2. Gegenkulturelle Haltung

Das Leitbild lautet »Gegenkultur statt Rückzug«. Christen in dieser Position betrachten die vorherrschende Kultur ebenfalls (wie bei 1.) als problematisch oder unchristlich und rechnen kaum mit einer tiefgreifenden Verbesserung der Gesellschaft. Sie möchten sich daher nicht einfach anpassen; aber anstatt nur zu kritisieren, leben sie als Kontrastkultur eine alternative Lebensform mit eigenen Bildungs- und Sozialstrukturen, alternativen Wirtschaftsformen, eigenen Medien und einer starken, auf urchristlichem Vorbild beruhenden Gemeinschaftsethik. Ergo: Diese Christen engagieren sich durchaus, aber ohne große Erwartungen an politische oder kulturelle Christianisierung. Es entsteht also eine Parallelkultur mit christlicher Prägung. Bekannte Vertreter dieser Richtung sind die Mennoniten, die Bruderhof-Gemeinden und die Offensive Junger Christen (OJC).

3. Transformatorische Haltung

Die Maxime dieser Gruppe ist, dass Christen die Kultur und Gesellschaft im Sinne biblischer Werte aktiv mitgestalten und prägen sollen. Dies kann geschehen durch politisches oder soziales Engagement, durch Stadtentwicklung, durch Einsatz für Familie und Lebensschutz. Christen dieser Haltung arbeiten zum Teil auch in Parteien oder Bürgerinitiativen mit. In Deutschland findet man diese Haltung besonders in bestimmten Strömungen innerhalb der Freikirchen: Vineyard-Gemeinden, missionale FeG-Gemeinden oder moderne Pfingstkirchen.

4. Kulturpositive/inkulturative Haltung

Der Leitgedanke dahinter ist: Welt und Kultur sind trotz Sündenfall Träger



3 Vgl. Stephan Holthaus: »Christen und die Politik«, *Bibel und Gemeinde* 109 (2009), Heft 3, S. 55–62, <https://bibelbund.de/2015/09/christen-und-die-politik/>

4 In Anlehnung an H. Richard Niebuhr: *Christ and Culture*, New York 1975.



von Gottes allgemeiner Gnade. Diese Gruppen definieren Welt und Kultur nicht so sehr als gottfeindlich, sondern als Orte von Gottes Wirken. Christen dürfen dialogisch und kreativ mit Kultur umgehen. Gemeinde soll Teil der Gesellschaft sein, nicht etwa Gegenwelt. Hier sieht man weniger den Gegensatz zwischen »heilig« und »weltlich«. Gemeinden mit besonders kulturpositiver/inkulturativer Haltung gibt es unter Freien evangelischen Gemeinden, Baptisten, Vineyard-Gemeinden, Methodisten und reformiert geprägten evangelikalischen Stadtgemeinden.

Wo lassen sich rechts-konservative Christen einordnen?

Zugegeben, dieses Schema ist nicht statisch, sondern dient einer groben Orientierung. Selbstverständlich lassen sich nicht alle bekennenden Christen diesen Gruppen zuordnen. Weitere und relevantere Unterscheidungskriterien sind zum Beispiel die Haltung einzelner Gemeinden zur Mission/Evangelisation oder zum sozial-diakonischen Auftrag in der Welt.

Hier geht es aber darum, die Haltung der rechts-konservativen Christen besser zu verstehen. Findet sich diese Gruppe in den vier Haltungen wieder, oder muss hier eine neue, fünfte Kategorie gebildet werden?

Rechte Christen stimmen zum Teil mit den Werten der »abgrenzend-distanzierten« Gruppe überein. Sie nehmen den kulturellen Verfall wahr, betonen moralische Reinheit und sind skeptisch gegenüber den klassischen »Mainstream-Medien«. Ferner entwickeln sie aber ein gegenkulturelles Selbstverständnis und stellen sich gegen den Zeitgeist, womit sie auch geringe Anteile der zweiten Gruppe »gegenkulturelle Haltung« aufweisen. Schließlich zeigen rechte Christen auch Anzeichen einer »transformatorischen Haltung«, wenn sie sich politisch engagieren, rechts-konservative Parteien und Bewegungen unterstützen und sich für solche Gesetze stark machen, die auf die Bewahrung göttlicher Ordnung (etwa ein traditionelles Verständnis von Ehe und Familie) abzielen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das Milieu rechts-konservativer Christen in diesem Vierer-Tableau eine Mischform aus abgrenzend-separatistischer, gegenkultureller und transformatorischer Haltung darstellt.

Rechts-konservative Christen und ihre Überzeugungen

Die Überschrift provoziert, denn welche Überzeugungen sollen rechts-konservative Christen schon haben? Als bibeltreue Christen vertrauen sie der Heiligen Schrift und glauben an den Herrn Jesus, der sie durch sein Sterben am Kreuz mit Gott versöhnt hat, jetzt im Himmel zur Rechten des Vaters sitzt und einmal wiederkommen wird. Aber hier geht es um die politische Haltung dieser Gläubigen.

Auch in der Vergangenheit haben sich Christen immer wieder in politische Debatten eingebracht, z. B. bei Themen wie Abtreibung, Kernkraft, Rüstung, Pazifismus usw. Wie bereits erörtert, wird aber heute die politische Auseinandersetzung in einer ungewohnt schärferen Weise ausgegtragen. Dies hat seine Ursachen sicher in politischen, zum Teil auch disruptiven Ereignissen. Auch Medien stehen immer wieder in der Kritik,

politisch tendenziös zu berichten – zugunsten eines linken oder grünen Meinungsspektrums.⁵ Umfragen unter Journalisten in Deutschland zeigen, dass sie mehrheitlich den Grünen oder der SPD nahestehen,⁶ was sich vermutlich dann auch auf die Berichterstattung auswirkt. Diese Debatte hat inzwischen auch die christliche Szene erreicht.

Welche Haltungen zeigen rechte Christen? Sie lassen sich eher im nationalkonservativen Spektrum verorten, betonen die Bewahrung von Traditionen und göttlichen Ordnungen. Ihr Glaube ist geprägt von einer individuellen Frömmigkeit: Dabei geht es zuerst um die persönliche Beziehung zu Gott und die Errettung der Seele. In gesellschaftlichen Fragen befürworten sie die Schöpfungsordnung, die sich in einem klassischen Bild von Ehe und Familie (Mann, Frau, Kinder) äußert. Daher lehnen viele rechte Christen die »Ehe für alle« bzw. Gender-Konzepte als zeitgeistkonform ab. Auch eine zu laxen Abtreibungspolitik wird kritisiert. Rechte Christen empfinden eine gewisse Skepsis gegenüber dem Staat, besonders wenn dieser tief in familiäre Angelegenheiten (Frühsexualisierung) oder in das Privatleben (Corona-Politik) eingreift, und betonen nationale Identität und christliche Leitkultur. Man sieht das Christentum als eines der Fundamente des Abendlandes, das vor einer fortschreitenden Säkularisierung oder dem Einfluss anderer Religionen (insbesondere des Islam) geschützt werden muss. Daher wehren sich rechts-konservative Christen gegen eine massenhafte ungesteuerte Einwanderung von Muslimen und sehen den Islam als Gefahr für die christlich geprägte Kultur Deutschlands, abgesehen von importiertem Antisemitismus, Clankriminalität, Parallelgesellschaften und zunehmender Gewalt in der Öffentlichkeit. Daher ist man besorgt, dass die Regierung dies nicht unterbindet und humanitäre Gründe sowie geltendes Asylrecht als Gründe für eine anhaltende Migration ins Feld führt. Ob eine ungesteuerte Einwanderung dem Gemeinwohl dient und ob der Staat nicht schon lange seine Kapazitätsgrenzen erreicht, sind Fragen der Moral; aber genau diese wird den Rechten von migrationsfreundlicher Seite regelmäßig abgesprochen.⁷ Wenn rechte Christen wählen, dann auch eher konservative bzw. rechts-konservative Parteien.

Rechte Christen, die sich als Bewahrer der Tradition und der biblischen Autorität sehen, werfen anderen Gläubigen vor, den Glauben an den Zeitgeist zu verkaufen. »Mainstream«-Christen würden alles über Bord werfen, was unbequem ist (Sünde, Gericht, Umkehr), um der modernen Gesellschaft zu gefallen. Anstatt die Bibel als Gottes Wort zu nehmen, werde sie historisch-kritisch »zerpflückt«, bis nur noch politische Forderungen übrigblieben. Im Ergebnis sei erschreckend, dass der Fokus nur noch auf dem Sozialen (Klimaschutz, Seenotrettung, Gendern) liege und dass die »vertikale« Ebene – die persönliche Beziehung zu Gott und das Seelenheil – verlorengehe. Und überhaupt: Durch die Öffnung der Ehe oder liberale Ansichten zur Transsexualität würden göttliche Gebote missachtet.

Innerhalb der Parteienlandschaft ist es die AfD, die stärker als andere Parteien solche Themenfelder adressiert. Von den großen Landeskirchen wird dies skeptisch betrachtet. Inzwischen gibt es klare Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Im Mai 2026 haben z. B. die Evangelischen Landes-



5 Jörn Schumacher: »Forscher: Journalisten mehrheitlich links«, *PRO Medienmagazin*, 2. Juni 2021, <https://www.pro-medienmagazin.de/forscher-journalisten-mehrheitlich-links/>

6 <https://de.statista.com/infografik/33595/parteieigung-von-journalisten/>

7 Zur Frage von Einwanderungskritik und Moral siehe den Beitrag von Sebastian Ostritsch: »Migrationskritik ist moralisch«, *Die Welt*, 29. Dezember 2025, <https://www.welt.de/debatte/article691ecof976d3bd8e531dodd6/asylpolitik-migrationskritik-ist-moralisch.html>



- 8 Evangelisch-Lutherische Landeskirche Hannovers: »Menschenwürde – Nächstenliebe – Zusammenhalt. Wir stehen dazu!«, Pressemeldung vom 5. Mai 2026, <https://www.landeskirche-hannovers.de/presse/pressemeldungen-konfoederation/2026/05/05-statement-der-leitenden-geistlichen-zur-staerkung-der-demokratie>
- 9 Reinhard Mawick: »Zwischen Haltung und Hürde«, *Zeitzeichen*, 6. Mai 2026, <https://zeitzeichen.net/node/12498>
- 10 Vgl. dazu die einzelnen Beiträge in: *Rechtes Christentum. Der Glaube im Spannungsfeld von nationaler Identität, Populismus und Humanitätsgedanken*, Graz 2018. Aus EKD-Perspektive siehe detailliert Martin Fritz: *Im Bann der Dekadenz. Theologische Grundmotive der christlichen Rechten in Deutschland*, EZW-Texte 273, Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Berlin 2021, https://www.ezw-berlin.de/fileadmin/user_upload/ezw-berlin/PDF/EZW-Texte_PDF_Dateien/EZW-Texte_273_WEB.pdf

kirchen für Niedersachsen und Bremen in einer gemeinsamen Erklärung bestätigt: »Nach unserer Überzeugung ist die AfD für Christinnen und Christen nicht wählbar.«⁸

Derartige Beschlüsse sind in den evangelischen Landeskirchen aber nicht unumstritten. Der Chefredakteur der evangelischen Zeitschrift *Zeitzeichen*, Reinhard Mawick, hält die obige Erklärung zwar für ein »mutiges Bekenntnis«, wendet zugleich aber ein: »die Erklärung offenbart ebenso die Gefahr einer Kirche, die zunehmend nur noch mit jenen resonanzfähig bleibt, die ohnehin ähnlich denken. Eine Kirche aber, die Andersdenkende nicht mehr erreicht, sondern vor allem markiert und sortiert, läuft Gefahr, sich zu einer moralisch hochgerüsteten Milieuinstitution zu wandeln – genau als eine solche sehen ihre Kritiker von rechts sie ohnehin bereits.«⁹

Deutlich wird dies etwa beim Familienbild: Gerade die EKD etwa betont heute die »Verantwortungsgemeinschaft«. Sie sagt, wo Menschen füreinander einstehen, spiegele sich Gottes Liebe wider. Rechts-konservative Positionen werden hier als ausgrenzend wahrgenommen, da sie Menschen, die nicht in das traditionelle Raster passen (z. B. Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien) nicht genügend berücksichtigen oder zum Teil sogar abwerten.¹⁰

Eine biblische Einordnung

Wie beurteilt die Bibel die von rechts-konservativen Christen angeführten Argumente? Die Heilige Schrift ist kein politisches Handbuch, bietet aber durchaus Anknüpfungspunkte, die von rechts-konservativen Christen oft angeführt werden. Und sie erhält Hinweise, die eine Ordnung in Form von Nationen, Grenzen und der Fürsorgepflicht einer Regierung stützen. Hier einige Beispiele:

Klassisches Rollenbild von Mann und Frau / Homosexualität

Dass rechts-konservative Christen das klassische Rollenbild von Mann und Frau bevorzugen, lässt sich aus 1Mo 1,27 ableiten: »*Und Gott schuf den Menschen als sein Bild, als Bild Gottes schuf er ihn; als Mann und Frau schuf er sie.*«

Aus diesem Bericht ist die Zuordnung des Menschen zu einem der beiden Geschlechter Mann oder Frau zwingend abzuleiten. Er lässt keinen Raum für die Annahme mehrerer zusätzlicher Geschlechter. Weil die Bibel auch die Ausübung homosexueller Praktiken ablehnt (3Mo 20,13; Röm 1,27), verbietet sich auch eine Trauung gleichgeschlechtlicher Paare, die heute von zahlreichen Amtskirchen praktiziert wird.

Einwanderung, Grenzen, Nationen

Die Vielfalt der Völker ist kein Zufall, sondern göttlicher Wille. In seiner bekannten Rede auf dem Areopag sagt Paulus in Apg 17,26: »*Und er hat aus einem jede Nation der Menschen gemacht, dass sie auf dem ganzen Erdboden wohnen, wobei er festgesetzte Zeiten und die Grenzen ihrer Wohnung bestimmt hat.*« Dieser Vers zeigt, dass Gott selbst die Aufteilung der Menschheit in Völker und deren territoriale Grenzen vorgesehen hat.

Die Schutzfunktion des Staates

Die Bibel sieht die Regierung als eine von Gott eingesetzte Instanz zur Aufrechterhaltung der Ordnung. In Röm 13,1–4 wird die staatliche Gewalt als »Gottes Dienerin« beschrieben. Ihr Auftrag ist es, das Gute zu fördern und das Böse zu bestrafen. Man kann eine geordnete Regierung mit schützender, funktionierender Grenze als Werkzeuge sehen, um den inneren Frieden und die Sicherheit der Bürger (das »Gute«) zu gewährleisten. Ohne Schutz nach außen kann der Staat seine Schutzfunktion nach innen nicht erfüllen.

Das Beispiel Israels im Alten Testament

Das Volk Israel wird im Alten Testament als souveräne Nation mit klaren Grenzen und Gesetzen dargestellt. In 4Mo 34 werden die Grenzen des Landes Kanaan sehr detailliert beschrieben. Und auch im Buch Nehemia wird der Wiederaufbau der Stadtmauern Jerusalems als heiliges Werk und als Tat der Selbsterhaltung des Volkes gefeiert. Eine Mauer – oder besser eine Grenze – diente dazu, die Identität und Sicherheit des Volkes gegen äußere Feinde und Einflüsse zu schützen.

Die Vorrangstellung der deutschen Staatsbürger (Fürsorgepflicht)

Es gibt biblische Prinzipien, die besagen, dass man eine besondere Verantwortung für die Menschen hat, die einem am nächsten stehen. Paulus schreibt an Timotheus: »Wenn aber jemand für die Seinen und besonders für die Hausgenossen nicht sorgt, so hat er den Glauben verleugnet und ist schlechter als ein Ungläubiger« (1Tim 5,8). Angewandt auf den Staat hieße das: So wie ein Vater zuerst seine Kinder ernährt, muss eine Regierung zuerst für das Wohl des eigenen Volkes sorgen, bevor sie globale Verpflichtungen einght.

Der Redlichkeit halber

Um aber redlich mit dem biblischen Befund umzugehen, muss man erwähnen, dass die »nationalen« Aspekte in der Bibel oft in einem Spannungsfeld mit anderen biblischen Maximen stehen. Deutlich wird das an dem Begriff »Fremdling«. Sehr häufig wird im Alten Testament wiederholt, den Fremden im Land zu schützen und ihn »wie einen Einheimischen« zu behandeln (z. B. 3Mo 19,34). Dem Fremdling werden aber auch bestimmte Pflichten auferlegt, also Respekt vor zentralen religiösen Geboten wie etwa dem Sabbat, die Einhaltung bestimmter Reinheits- und Opferregeln, unter bestimmten Voraussetzungen eine Teilnahme an Ritualen sowie eine Unterordnung unter das für Israel geltende Rechtssystem. Kurz gesagt: Wer Fremdling ist, hat sich unterzuordnen.

Ferner wird im Neuen Testament betont – und von asylfreundlichen Kirchenvertretern gerne angeführt –, dass in Christus die nationalen Unterschiede zweitrangig werden (»Da ist nicht Jude noch Grieche«, Gal 3,28). Man könnte daraus folgern, dass mit Christus ein bisher nötiges und übliches Nationalprinzip hinfällig geworden wäre. Mit diesem Diktum will Paulus aber nicht die gesellschaftlichen Normen (dazu gehören





auch die unterschiedlichen Nationalitäten) im Sinne einer Anarchie außer Kraft setzen,¹¹ sondern den kulturübergreifenden Aspekt der christlichen Einheit und Gemeinschaft betonen.

Bezogen auf die Migrationspolitik kann man als Fazit festhalten: Man kann biblisch sehr wohl begründen, dass Ordnung, Grenzen und nationale Verantwortung gottgewollte Strukturen sind, um Chaos zu verhindern. Die theologische Debatte entzündet sich meist auch gar nicht an der Existenz und Notwendigkeit von Grenzen, sondern an der Frage, wie durchlässig und barmherzig diese gegenüber »Notleidenden« sein müssen. Auch für rechts-konservative Christen gilt es, das »Sowohl-als-auch« zu leben: Den Staat als schützende Institution zu erhalten, um darin die christliche Pflicht der Nächstenliebe (auch gegenüber Fremden) im Rahmen des Möglichen auszuüben.

Selbstverständlich ist nicht jeder rechts-konservative Christ automatisch ausländerfeindlich. Es gibt viele gläubige Menschen, die politisch rechts stehen, aber aus ihrem Glauben heraus privat in der Flüchtlingshilfe aktiv sind. Die Bibel lehrt in 1Mo 1, dass jeder Mensch (unabhängig von Herkunft oder Status) im Bild Gottes geschaffen ist. Daher: Wenn jeder Mensch Gottes Ebenbild trägt, darf die nationale Zugehörigkeit niemals über die Würde des Individuums gestellt werden. Eine Herabwürdigung von Ausländern wäre demnach eine Herabwürdigung von Gottes Schöpfung. Auch bei der Fremdenliebe ist das Alte Testament erstaunlich deutlich. Es gibt kaum ein Gebot, das so oft wiederholt wird wie der Schutz der Fremden.

Eng damit verbunden ist der Begriff des »Nächsten«. Wer ist mein Nächster? Der Herr hat im Gleichnis vom »Barmherzigen Samariter« (Lk 10) die damaligen nationalen und religiösen Grenzen gesprengt. Er wählte ausgerechnet einen Fremden, einen Samariter, als Vorbild für wahre Nächstenliebe aus, um den jüdischen Gesetzgelehrten zu zeigen: Der Nächste ist nicht der, der dieselbe Fahne schwenkt, sondern der, der gerade Hilfe braucht. Eine christliche Ethik, die nur die eigene Gruppe im Blick hat, verfehlt laut Jesus das Wesentliche. Das Christentum ist seinem Kern nach universalistisch und nationenübergreifend. Bei aller berechtigten Kritik an unregelter Einwanderung sollten sich rechts-konservativ gesonnene Christen fragen: Dient mein Glaube der Abgrenzung oder der Versöhnung? Dienen meine Bibelstellen nur als kulturelles Identitätsmerkmal, also als Waffe zur Verteidigung meiner Nation?

Himmelsbürger oder Staatsbürger?

Von rechts-konservativer Seite kommt auch das Argument, dass Deutschland doch ein christliches Land sei oder dass die Bibel doch eine Regierung fordere, die nach biblischen Maßstäben verfasst sei. Bereits deshalb sei es doch folgerichtig, wenn man sich für Bewahrung von göttlichen Ordnungen in unserem Land starkmache? Drei Fragen sind zu klären:

- Wie christlich ist eigentlich das Land, in dem wir leben?
- Gibt die Bibel Hinweise auf eine ideale, gottgewollte Staatsform?
- Haben wir als Christen ein Mandat zur politischen Einflussnahme?

¹¹ Adolf Pohl: *Der Brief des Paulus an die Galater*, Wuppertaler Studienbibel 13, Witten 1996 (Neuaufgabe 2018), S. 162.

Ist Deutschland ein christliches Land?

Natürlich genießen die christlichen Kirchen unseres Landes nach wie vor eine gewisse Vorrangstellung in Deutschland. Dies lässt sich festmachen an der öffentlichen Sonntagsruhe, am staatlich »verordneten« Religionsunterricht, an der staatlich vorgeschriebenen Ausbildung von Pfarrern und nicht zuletzt an unseren christlichen Feiertagen. Andererseits findet aber auch eine fortschreitende »Entchristlichung« des deutschen Volkes statt, was man an einer nachlassenden Mitgliedschaft in den großen Volkskirchen feststellt. Insgesamt aber ist Deutschland eindeutig christlich geprägt und hat christliche Wurzeln. Die Menschenrechte und die damit verbundene unantastbare Würde der Persönlichkeit verdanken wir der biblischen Gottesebenbildlichkeit, also Judentum und Christentum.¹² Das Liebesgebot Jesu schlägt sich in zahlreichen diakonischen Einrichtungen in Deutschland nieder. Eine Vielzahl deutscher Gesetze, auch das Strafrecht, geht auf die christliche Theologie des Mittelalters zurück.

Dennoch unterliegt Deutschland dem Gebot religiös-weltanschaulicher Neutralität. Wir leben in einem Staat, der sich von einem ausdrücklichen Bekenntnis gegenüber irgendeiner Religion verabschiedet hat und sich mit keiner Religion und Weltanschauung identifizieren will. »In einem solchen Staat ohne Gott leben Menschen gemäß ihren durchaus unterschiedlichen religiösen oder sonstigen Überzeugungen, während der Staat sich zur absoluten Wahrheitsfrage distanziert verhält und sie weder beantworten will noch kann, weil ihm dafür schlicht die Kompetenz fehlt« – so drückt es ein Professor für Staatsrecht aus.¹³ Zugegeben ist das sehr nüchtern.

Eine gottgewollte Staatsform

Gibt die Heilige Schrift denn Hinweise auf eine ideale, gottgewollte Staatsform, die wir in Deutschland anstreben müssen? Leider nein! Weder das Alte noch das Neue Testament propagiert eine eindeutige Staatslehre, die etwa als jüdisch-christlicher Prototyp für eine gottgewollte Regierungsform geeignet wäre. Aber wir haben doch die Bergpredigt als eine sinnvolle, gottgewollte Norm, nicht nur für das private Leben, sondern auch für staatliches Handeln, oder? Doch auch hier das nüchterne Fazit: Die Bergpredigt als Richtschnur für politisches Handeln wäre weder klug noch gerecht. Eine politische Gemeinschaft, die sich zur Gewaltlosigkeit, ja zum Altruismus verpflichtet und Motive wie Nächstenliebe oder sogar Feindesliebe zum Maßstab erhebt, läuft Gefahr, ihre Wehrhaftigkeit gegenüber inneren wie äußeren Feinden aufs Spiel zu setzen und sich Menschen und Staaten auszuliefern, die diese Form der Sanftmut skrupellos ausnutzen.¹⁴

Befragt man den Reformator Martin Luther nach seiner Einschätzung, so argumentiert er mit der »Zwei-Reiche-Lehre« und liefert damit eine theologische Begründung für einen letztlich säkularen Staat. Und er warnt die Kirche davor, mit staatlichen Mitteln – z. B. mit dem Schwert – geistliche Ziele durchzusetzen. Heute müsste man ergänzen: ... warnt Bischöfe davor, sich in staatliche Ämter einzumischen. Statt für offene Grenzen und



12 Giuseppe Gracia: »Gott lässt sich politisch nicht einspannen«, *Neue Zürcher Zeitung*, 3. März 2026, S. 12.

13 Horst Dreier: *Staat ohne Gott*, München 2018, S. 9. Die rechtlichen Normen dazu sind Art. 3 GG, Art. 4 GG und Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 136–137 der Weimarer Reichsverfassung (WRV).

14 Siehe dazu Maximilian Zech: »Christlicher Staat? Politik verträgt nur so viel Religion, wie der Ungläubige akzeptieren kann«, *Neue Zürcher Zeitung*, 30. März 2019.



Klimagesetze zu plädieren, dürfen sie sich um ihre Kernkompetenz kümmern und das Reich Gottes predigen. Umgekehrt hat sich der Staat auch nicht in interne Belange der christlichen Kirche einzumischen.

Auch Jesus Christus hat sich zu diesem Thema geäußert. Aus dem Gleichnis mit der Steuermünze (Mt 22,15–21) wird klar, dass Jesus keine explizite Staatslehre propagierte. Sein Reich war von einer anderen Welt. Jesus erkannte sogar die politische Herrschaft von Rom an; er rief keineswegs zum Umsturz auf. Niemals sollen Christen gegen ihren Staat rebellieren, keine Gewalt anwenden, keine staatliche Organisation zerstören. Dies wird in der biblischen Szene mit der »Steuermünze« deutlich: »*Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und gebt Gott, was Gott gehört*«, sagt Jesus. Bei Jesus ist sie also schon angelegt, die »Zwei-Reiche-Lehre«! Ähnlich argumentierten später die Apostel Paulus und Petrus.

Machen wir uns also bewusst, dass Staat und Reich Gottes getrennte Herrschaftsformen darstellen: Das Grundgesetz ist keine Bibel, das politische Leben kein Gottesdienst, der Bundeskanzler kein Hauskreisleiter. Der Staat will neutral sein und sich nicht dazu versteigen, rechtsgültige Aussagen über das ewige Heil treffen zu wollen. Das würde auch seine Kompetenz überschreiten.

Fazit: Es gibt in Deutschland schon lange keine »Staatskirche« mehr. Der Staat will neutral sein und alle Religionen gleich behandeln.

Unser Einfluss auf die Politik

Es bleibt die Frage, welchen Einfluss wir Christen auf die Regierung nehmen sollen.

Wir müssen uns stets fragen, inwieweit wir uns mit der Welt solidarisch zeigen wollen, um diese Erde zu retten und zu erhalten. Ob wir unsere Gesellschaft mit christlichen Werten durchdringen wollen, um sie ein bisschen annehmbarer und wohlgefälliger für Gott zu machen. Machen wir uns klar, dass Gott diese Welt einmal preisgeben wird, weil sie durch die Sünde verdorben ist, und dass unsere Welt gemäß biblischer Prophetie mit unvorstellbar schweren Gerichten und entsprechenden Auswirkungen auf die Schöpfung enden wird.¹⁵

Auf der anderen Seite ist der Glaube keine abgehobene, rein geistliche Größe, sondern eine irdisch fassbare Wirklichkeit. Gott kam bewusst in Jesus Christus in die Welt und wurde Mensch, obwohl er ganz Gott war. Christus erbarmte sich über die verlorenen Seelen, aber auch über die kranken, verschmachtet und ruhelosen Geister seiner Zeit. Manchmal legte sich der Herr mit den politischen und religiösen Machthabern seiner Zeit an. Daher: Die Existenz des Christen als Bürger dieser Welt ist stets auch eine politische.¹⁶

Es wird deutlich, dass die Frage nach dem richtigen Maß an politischem Engagement für uns Christen nicht eindeutig beantwortet werden kann.

Was aber feststeht: Der Staat ist von Gott eingesetzt, und Christen verhalten sich dann biblisch, wenn sie sich dem Staat grundsätzlich unterordnen. Aber das gilt nicht immer und absolut. Es existieren hoheitlich definierte Aufgaben des Staates. Der Staat darf sich aber nicht in die Er-

15 Vgl. Joachim Pletsch: »Christen und die Politik – Ein Diskussionsbeitrag«, *Bibel und Gemeinde* 109 (2009), Heft 4, S. 73–78, <https://bibelbund.de/2015/09/christen-und-die-politik-ein-diskussionsbeitrag/>

16 Vgl. Holthaus, wie Anm. 3.

ziehung unserer Kinder einmischen oder unsere Meinungs- und Gedankenfreiheit steuern. Überhaupt darf der Staat sich nicht zum Morallehrer seiner Bürger aufspielen. Im Zweifel müssen gläubige Christen ihre Loyalität gegenüber der Regierung dann aufgeben, wenn der Staat von ihnen fordert, bestimmte biblisch gebotene Haltungen zu verschweigen, Teile der biblischen Botschaft zu verändern, biblisch Verbotenes gutzuheißen oder gar zu praktizieren oder biblisch Gebotenes nicht auszuüben.

Als Konsequenz lassen sich die Verhaltensnormen der Christen gegenüber dem Staat wie folgt skizzieren:

- den Staat als Obrigkeit respektieren
- für den Staat beten
- den Staat ermahnen, die Würde der Person zu achten
- den Staat mit Gottes Maßstab für Gut und Böse konfrontieren
- in Ausnahmefällen dem Staat die Solidarität verweigern
- das Reich Gottes höher einstufen als den Staat

Im Ergebnis ist erstens festzustellen, dass sich unser Staat – trotz christlicher Wurzeln – nicht ausdrücklich zum christlichen Glauben bekennt, sondern neutral sein will. Zweitens, dass die Heilige Schrift keine Hinweise auf eine ideale, gottgewollte Staatsform gibt; gerade das Neue Testament spricht sich für eine »Zwei-Reiche-Lehre« aus. Und drittens ist es aus biblischer Perspektive unbestimmt, inwieweit sich Christen in die Politik einbringen sollten; es existieren aber durchaus Situationen, in denen Gläubige in der Öffentlichkeit zum Protest aufgerufen sind.

Resümee

Es ist deutlich geworden, dass die von rechts-konservativen Christen geäußerte Gesellschaftskritik zum großen Teil von der Heiligen Schrift gedeckt ist. Auch eine pauschale, undifferenzierte Diffamierung solcher Christen scheint nach biblischen Maßstäben nicht berechtigt zu sein. Christen mit rechts-konservativer Haltung müssen aber verstehen, dass unser Staat sich nicht ausdrücklich zum Christentum bekennt, sondern neutral sein will, und dass die Bibel dies auch nicht fordert. Und ob wir Christen überhaupt den Auftrag haben, in einer dem Gericht Gottes anheimgegebenen Welt den unchristlichen Entwicklungen in unserer Gesellschaft Widerstand zu bieten, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Denn der »staatsrechtliche« Status eines Christen als Himmelsbürger (Phil 3,20), der sich nicht ins politische Geschehen einbringen möchte, steht dem biblischen Aufruf, *der Stadt Bestes zu suchen* (Jer 29,7) und unser *Licht vor den Menschen leuchten zu lassen* (Mt 5,16), entgegen.

Letztlich muss dem Einzelnen die Freiheit bleiben, entsprechend dem Maß seines Glaubens ggf. auch in der Politik aufzutreten und herauszutreten oder in stiller Zurückgezogenheit seinen Glauben zu leben (1Tim 2,1.2).¹⁷ Wer bewusst aus einem rechts-konservativen Blickwinkel heraus – auf der Grundlage der Bibel – seine Stimme erhebt und kritisch zu den Missständen unserer Gesellschaft äußert oder politisch organisiert, ist aus neutestamentlicher Perspektive durchaus dazu berechtigt.

Stefan Hohage



¹⁷ Vgl. Pletsch, wie Anm. 15.